Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf "weiterlesen" klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Wir weisen darauf hin, dass die jeweiligen Anbieter für die Barrierefreiheit ihrer Angebote selbst verantwortlich sind und es durchaus sein kann, dass der Zugang von zunächst freien Inhalten nach einer Zeit beschränkt wird.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Arbeiten bis 69 als Antwort auf "Fachkräftemangel"
2. Kanzlerkandidatur: Der Ungeschickte und der Trickser
3. Spahn spricht sich für härteren Lockdown aus
4. Kreis Viersen: Bis zu 28 Tage Quarantäne
5. RKI will Bericht zum Übertragungsrisiko von Geimpften nicht öffentlich machen
6. Esken verlangt Ende des Präsenzunterrichts ohne ausreichende Tests
7. Mangelhafte Schutzmasken: Immer mehr Produkte müssen zurückgerufen werden
8. Olaf Scholz senkt Renten bei Riester, Rürup und Co.
9. Mehrfachbeschäftigung: Wenn ein Job nicht zum Leben reicht
10. Wenn die Genderdebatte Punkte kostet
11. Massenmörder und Gestapo-Chef fast 20 Jahre im Dienste der CIA
12. Klimaschutz am Meeresboden

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Verantwortlich für die Richtigkeit der zitierten Texte sind die jeweiligen Quellen und nicht die NachDenkSeiten. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Arbeiten bis 69 als Antwort auf "Fachkräftemangel"**
   Institut der deutschen Wirtschaft wirbt in neuer Studie für höheres Renteneintrittsalter, Gewerkschaften fordern attraktivere Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen
   Droht bis 2040 ein so gravierender Fachkräftemangel, wie ihn das Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) in einer neuen Studie an die Wand malt, um neben qualifizierter Zuwanderung auch ein höheres Renteneintrittsalter zu fordern?
   Im negativsten Szenario des Instituts liegt der Fachkräfteschwund bis 2040 in Deutschland bei 4,2 Millionen, was etwa zwölf Prozent entspricht. Übrig wären dann

rund 31,2 Millionen. Bei “sehr positiven Verläufen” in den Bereichen Zuwanderung und Erwerbsbeteiligung älterer Menschen könne die “die Zahl der am Arbeitsmarkt aktiven Fachkräfte zwischen 20 und 69 Jahren” aber nahezu konstant bleiben, heißt es in der am Mittwoch veröffentlichten Studie. Dies sei aber “nur mit gezielten Weiterentwicklungen des ordnungspolitischen Rahmens zur Zuwanderung und späterem Renteneintritt” möglich.
Das absehbare Ausscheiden der “Babyboomer”-Generation aus dem Arbeitsleben dient hier erneut als Anlass für neoliberale Wunschkonzert-Forderungen zum Thema Rente. Bleibt nur die Frage, ob das Problem so groß ist wie vom IW beschrieben. Schließlich wird von Unternehmerseite schon lange über einen bestehenden Fachkräftemangel geklagt, der sich in Zukunft nur massiv verschärfen werde.
Quelle: Telepolis

2. **Kanzlerkandidatur: Der Ungeschickte und der Trickser**
Armin Laschet gerät in die Defensive; Markus Söder kopiert derweil dessen Ideen und spielt sich auf: Wie die Konkurrenz der beiden Anwärter um die Kanzlerkandidatur der Union eine sinnvolle Corona-Politik behindert.
Wenn zwei das Gleiche tun, ist das noch lange nicht dasselbe. Frei nach diesem Motto hat Ministerpräsident Markus Söder soeben die Pandemie-Regeln in Bayern gelockert – und zu diesem Zweck ausgerechnet jene Corona-Notbremse aus Nordrhein-Westfalen kopiert, die dem dortigen Regierungschef Armin Laschet gestrenge Schelte von der Kanzlerin bescherte. Frechheit siegt?
Söder und Laschet, das weiß jedes Kind, sind Konkurrenten. Beide möchten gern demnächst die Republik regieren, weshalb beide derzeit um die Kanzlerkandidatur der Union buhlen. Das politische Schlachtfeld, auf dem dieser Zweikampf entschieden wird, ist der Kampf gegen das Virus: Der Streit um die Spitzenkandidatur von CDU und CSU ist Deutschlands spektakulärster Corona-Test. Rein objektiv – also etwa gemessen an der Wocheninzidenz ihrer Bundesländer – steht der Rheinländer Laschet (mit 106,9 für NRW) gerade ein wenig besser da als der Franke (mit 119,0 für Bayern). Nur, darum geht es nicht. Jede Umfrage zeigt, der Schein bestimmt das Sein: Söder, dem vermeintlich härtesten Lockdowner, ist es in den vergangenen 13 Monaten weitaus besser gelungen, sich als Seuchen-Manager zu profilieren als Laschet, dem angeblich unbedachten Lockerer.
Quelle: Süddeutsche

dazu auch: Der “Brücken-Lockdown” und der Spiegel: Wenn Merkel ihn will, ist er gut, wenn Laschet ihn will, ist er schlecht
Die Transatlantiker und ihre deutschen “Qualitätsmedien” wollen einen Kanzler(kandidaten) Laschet um jeden Preis verhindern. Wie offensichtlich und plump

das getan wird, zeigt der Spiegel, wenn ein Vorschlag gut ist, wenn er von Merkel kommt, aber schlecht ist, wenn er von Laschet kommt.
Quelle: Anti-Spiegel

Anmerkung André Tautenhahn: *Die unterschiedliche Bewertung derselben Vorschläge durch die Medien stimmt, allerdings ist die Argumentation nicht überzeugend, dass das nur geschehe, weil nun ausgerechnet Transatlantiker einen Kanzlerkandidaten Laschet verhindern wollen. Müssten sie dann nicht auch Söder abschießen, der sich gerade Sputnik V sichert und den Russen sogar anbietet, den Impfstoff in Bayern produzieren zu lassen? Der bayerische Ministerpräsident gilt nun auch nicht gerade als Hardliner in Sachen Nord Stream 2 oder bei den Russland-Sanktionen. Im Gegenteil. Söder reist gern nach Moskau, sucht den Dialog und schließt Vereinbarungen zum gemeinsamen Austausch, wie seine Vorgänger auch. Beide Länder müssen enger zusammenrücken, hatte er vor einem Jahr gesagt.*

3. **Spahn spricht sich für härteren Lockdown aus**
Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) hat einen härteren Lockdown gefordert, um die dritte Corona-Welle zu brechen. Erst wenn die Inzidenzzahlen wieder deutlich niedriger seien, könne man mit Testen und Impfen aus der Pandemie herauskommen, sagte Spahn im WDR. Vor allem sei es wichtig, private Kontakte weiter zu reduzieren. In Regionen mit Wocheninzidenz von über 100 solle es deshalb Ausgangsbeschränkungen geben, so der Gesundheitsminister.
“Ausgangsbeschränkungen haben ja vor allem ein Ziel: Dass abends nicht alle privat sich treffen, so schwer das fällt”, sagte Spahn. “Gerade die privaten Kontakte – nicht nur, aber auch am Abend – führen eben zu Infektionen.”
Quelle: Süddeutsche

Anmerkung JK: *Das einfach niemand die unverschämten Unterstellungen in Spahns Aussagen bemerken will. Nur die angebliche private Disziplinlosigkeit der Bürger, die sich offensichtlich alle in den Abendstunden zu ausgelassenen Gelagen treffen, treibt das Infektionsgeschehen an. In den überfüllten Transportmitteln des öffentlichen Nahverkehrs und in den Büros und Fabrikhallen in denen nach wie vor Millionen Menschen arbeiten geht das Infektionsrisiko natürlich gegen Null.*

Anmerkung André Tautenhahn: *Der Bundesgesundheitsminister ist mal wieder nicht auf der Höhe der Gewaltenteilung. Statt erneut die Ausgangsbeschränkungen ins Spiel zu bringen, wäre es hilfreich, auch einmal die Entscheidungen der Gerichte zur Kenntnis zu nehmen. Da wird mittlerweile erklärt, dass der Verdacht allein nach über einem Jahr Pandemie nicht mehr ausreicht, um solch einschneidende Maßnahmen zu*

rechtfertigen. Wüsste der Minister nun aber genau, wo sich die Menschen am Abend treffen und anstecken, könnte er wiederum zum milderen Mittel der Betretungsverbote greifen. Der niedersächsische Ministerpräsident scheint den Wink aus Lüneburg verstanden zu haben, auch wenn er dieses Mal nicht direkt Bezug darauf nimmt. Er lehnt jedenfalls die Forderung nach einem härteren Lockdown ab.

dazu auch: Der Traum vom internierten Bürger: Warum man autoritären Politikern wie Markus Söder widersprechen muss
Der bayrische Ministerpräsident würde am liebsten in ganz Deutschland eine nächtliche Ausgangssperre verhängen. Dabei gibt es keinen Beleg dafür, dass diese Form der Freiheitsberaubung etwas bringt. Wenn überhaupt, dann dient sie seinem Inszenierungsfuror.
Es gibt ein einziges Argument für Ausgangssperren, und es ist kein gutes: Wer sich als Politiker als besonders entschlossener Kämpfer gegen die Pandemie inszenieren will, der wirkt als Befürworter dieser Massnahme noch ein bisschen entschlossener. Der bayrische Ministerpräsident Markus Söder etwa drohte den Bewohnern seines Freistaats schon im März: Wenn sie sich nicht freiwillig beschränkten, dann bleibe nur die landesweite Ausgangssperre. Und obwohl Deutschland ein föderaler Staat ist und Söders Exekutivmacht kurz hinter Aschaffenburg und Memmingen endet, lässt er seither keine Gelegenheit aus, auch für den Rest der Republik eine Ausgangssperre zu fordern. Die Kanzlerin und ein grosser Teil der veröffentlichten Meinung sind dabei auf seiner Seite. […]
Die staatliche Ahnungslosigkeit ist nicht auf ein einzelnes Bundesland beschränkt. Nicht nur wissen sie bei der obersten deutschen Seuchenschutzbehörde bis heute ziemlich wenig darüber, wo sich die Menschen anstecken. Sie wissen sogar noch weniger als früher. Das zeigt ein Diagramm im neuen «Lagebericht» des Robert-Koch-Instituts, welches die Sars-CoV-2-Fälle konkreten Ansteckungsorten zuordnet, etwa Privathaushalten, Kindergärten oder Krankenhäusern. Der Anteil mit der Aufschrift «Nicht in Ausbruch erfasst» ist so gross wie nie.
Quelle: NZZ

4. **Kreis Viersen: Bis zu 28 Tage Quarantäne**
   Wer im Kreis Viersen mit einem an Corona erkrankten Menschen zusammenwohnt, muss für bis zu 28 Tage in Quarantäne bleiben.
   Diese besonders lange Quarantänezeit wird verhängt, wenn sich die Haushaltsmitglieder von dem Infizierten nicht isolieren können. Der Kreis begründet die strenge Vorgehensweise auch mit den Virusmutationen. Knapp die Hälfte aller aktuell Infizierten im Kreis Viersen trägt eine Mutante in sich. Insbesondere die

ansteckendere südafrikanische Mutation kommt hier häufiger vor als in umliegenden Städten und Kreisen.
Quelle: WDR

Anmerkung Moritz Müller: *Besonders der Satz: "Diese besonders lange Quarantänezeit wird verhängt, wenn sich die Haushaltsmitglieder von dem Infizierten nicht isolieren können" ist wirklich krass, denn hiermit sind ja wohl Menschen gemeint, die nicht in weitläufigen Wohnungen wohnen, also eher ärmere Leute. So etwas wir dann wohl auch noch "solidarisch" genannt…*

5. **RKI will Bericht zum Übertragungsrisiko von Geimpften nicht öffentlich machen**
In einem Bericht des Robert Koch-Instituts an das Bundesgesundheitsministerium heißt es, dass das Risiko einer Übertragung des SARS-CoV-2-Erregers bei vollständig geimpften Personen gering ist. Das RKI weigert sich jedoch, den Bericht öffentlich zu machen.
Quelle: RT DE

dazu: 31003BewertungdesRKIa
Quelle: FragDenStaat

dazu auch: Gesundheitsministerium drängt Länder auf Privilegien für Geimpfte
Appell an Länder beruft sich auf Einschätzung des RKI. Doch die Datenbasis ist dünn, gegenteilige Erkenntnisse werden ignoriert. Was treibt Ministerium und Institut an?
Nachdem der Präsident des Robert-Koch-Instituts, Lothar Wieler, in einer Kurzinformation an das Bundesgesundheitsministerium von einer grundsätzlich geringeren Virusübertragung durch Personen ausgegangen ist, die vollständig gegen den neuartigen Corona-Virus Sars-CoV-2 geimpft wurden, drängt das Ministerium nun auf Privilegien für diese Personengruppe.
Das geht aus einer Empfehlung des Hauses an die Gesundheitsministerinnen und Gesundheitsminister der Länder hervor, die Telepolis vorliegt. Zuerst hatte die Nachrichtenagentur dpa über das Schreiben berichtet.
Quelle: Telepolis

6. **Esken verlangt Ende des Präsenzunterrichts ohne ausreichende Tests**
SPD-Chefin Saskia Esken hat Bund und Länder dazu aufgefordert, den Präsenzunterricht an Schulen zu stoppen, solange es keine ausreichenden Testkapazitäten gibt. „Die Situation an den Schulen ist besorgniserregend", sagte sie

der „Rheinischen Post“ (Freitagausgabe).
„Die Virusvariante ist gerade bei Kindern so aggressiv, dass neben Abstand, Masken und frischer Luft regelmäßige Tests für den Infektionsschutz unerlässlich sind“, so die SPD-Vorsitzende. Die Kultusministerkonferenz und die Spitzen von Bund und Ländern dürften „Präsenzunterricht in den Schulen auch im Wechsel erst dann wieder zu erlauben, wenn mindestens zweimal in der Woche vor Ort getestet werden kann“. Ohne Test dürfe eine Teilnahme am Präsenzunterricht nicht erlaubt werden, forderte Esken.
Quelle: Hasepost

Anmerkung Christian Reimann: *Anfang August 2020 bezeichnete Frau Esken Demonstrationsteilnehmende als “Covidioten”. Und nun erhebt sie so eine Forderung. Wann denkt Frau Esken eigentlich mal nach – insbesondere über das törichte Ausrichten der Corona-Politik an Inzidenzwerten, Zwangstests an Schulen und deren Folgen für Kinder und Jugendliche sowie die Tests an sich? Das RKI selber schreibt nämlich auf Seite 4 des Epidemiologischen Bulletins vom 25.2.2021, dass bei realistischen Annahmen über die Sensitivität und Spezifität dieser Tests (also über die Testgenauigkeit) zu befürchten steht, dass ca. 90% dieser Test falsch positiv ausfallen werden. Genauer: In einem Fallbeispiel ist der positive Vorhersagewert 4,17% = 95,83% falsch positive Ergebnisse. Im anderen Fallbeispiel ist der positive Vorhersagewert 11,50% = 88,50% falsch positive Ergebnisse.*

7. **Mangelhafte Schutzmasken: Immer mehr Produkte müssen zurückgerufen werden**
   Tausende Atemschutzmasken dürfen an Schulen, in Pflegeheimen und anderen Einrichtungen nicht mehr verwendet werden, da sie nach Überprüfung als nicht verkehrsfähig beurteilt wurden. Unter den betroffenen Herstellern fallen Unternehmen auf, die vorher keine Erfahrung mit Schutzmaskenproduktion hatten, sondern branchenfremd eingestiegen sind. Experten sehen die Schuld auch beim Bund, der die Anforderungen an die Maskenproduktion in der Ausschreibung unzureichend definiert hat.
   Quelle: plusminus

   Anmerkung unseres Lesers R.D.: *Was Plusminus da aufzeigt, ist, wenn man sich gedanklich versucht näher mit dem Ablauf zu beschäftigen, ein ungeheuerlicher Skandal. Da reicht es aus meiner Sicht nicht mehr aus, zu sagen, man habe sich nach der Pandemie vermutlich viel zu verzeihen, wie Herr Spahn damals meinte. Ein solches Versagen auf ganzer Linie ist nicht mehr zu verzeihen. Herr Spahn will wohl Herrn Scheuer überbieten.*

8. **Olaf Scholz senkt Renten bei Riester, Rürup und Co.**
   Erneut sinkt der Zins für Lebensversicherungen. Wer lange in eine Riester- oder Rürup-Rente eingezahlt hat, ist schlecht dran. Denn angespartes Kapital muss er verrenten lassen, und diese Zwangsrente wird deutlich sinken.
   Sparen Sie für eine Riester- oder Rürup-Rente? Zahlen Sie brav regelmäßig in eine Direktversicherung beim Arbeitgeber oder einfach in einen privaten Rentenversicherungsvertrag ein? Dann gilt Ihnen an dieser Stelle mein ausdrückliches Bedauern. Bei sehr vielen Verträgen werden demnächst die garantierten Renten gesenkt. Die Verordnung, die daran schuld ist, kommt aus dem Bundesfinanzministerium von Olaf Scholz und wird in brachialer Geschwindigkeit, ohne Einbezug von Parlament oder Bundesländern, durchgepeitscht. Ein vermutlich erwünschter Nebeneffekt: Für neue Rentenversicherungsverträge gehen die Provisionen für die Vertreter in ungeahnte Höhen.
   Quelle: manager magazin
9. **Mehrfachbeschäftigung: Wenn ein Job nicht zum Leben reicht**
   Nicht erst seit der Pandemie haben viele Beschäftigte mit geringen Einkommen zu kämpfen. Diese zwingen sie häufig in einen Nebenjob. Die Mehrfachbeschäftigung hat um über 160 Prozent zugenommen. Ein unhaltbarer Zustand! Die Lösungen sind klar: Mehr Tarifbindung, ein armutsfester Mindestlohn und weniger prekäre Beschäftigung, fordert das #schlaglicht 13/2021 aus Niedersachsen. […]
   Die Zunahme der Nebenjobs ist direkte Folge von Niedriglöhnen. Deren Ursachen lassen sich klar benennen: Zu viele Betriebe begehen weiterhin Tarifflucht. Nur noch knapp die Hälfte der niedersächsischen Beschäftigten ist tariflich abgesichert. Dazu kommt die politische Forcierung unsicherer Beschäftigungsformen – Minijobs, Leiharbeit und sachgrundlose Befristungen. Als Folge ist eine Grauzone entstanden, in der ein Job oft nicht zum Leben reicht.
   Jetzt Aufbruch für gute Arbeit
   An dieser Entwicklung zeigt sich, wie sehr einige Dinge aus dem Ruder gelaufen sind. Daraus müssen jetzt die richtigen Lehren gezogen werden. Die Landesregierung hat endlich für mehr bezahlbare Wohnungen zu sorgen. Für höhere Löhne müssen die Tarifbindung gestärkt, der Mindestlohn armutsfest gemacht und prekäre Arbeit zurückgedrängt werden. Pro Beschäftigter ein Arbeitsplatz ist das Maß der Dinge!
   Quelle: DGB Niedersachsen #schlaglicht
10. **Wenn die Genderdebatte Punkte kostet**
    Die Uni Kassel spricht sich auf ihrer Website für die Verwendung gendergerechter Sprache aus und bezeichnet das generische Maskulinum als ungeeignet, Geschlechtergerechtigkeit auszudrücken. Dozenten könnten, so heißt es, selbst entscheiden, ob sie das Gendern zum Bewertungskriterium bei Prüfungsleistungen

machen, dies müsse jedoch transparent angekündigt werden. Von solch einem Fall hat jetzt die Hessische/Niedersächsische Allgemeine berichtet: Bereits im Wintersemester 2018/19 waren einem Studenten Punkte abgezogen worden, weil er in einer Prüfungsleistung keine gendergerechte Sprache verwendet hatte. Die Hochschule hat in einer Stellungnahme reagiert und darauf hingewiesen, dass solche Punktabzüge nur unter spezifischen Voraussetzungen gestattet sind. Bisher habe es über diese Praxis keine Beschwerden gegeben; der Universitätsleitung sei der Fall nur aus den Medien bekannt.
Quelle: FAZ

Anmerkung JK: *Dieser Vorfall belegt einmal mehr den totalitären Charakter der Identitätsideologie. Es zählt nicht mehr die inhaltliche Qualität einer Arbeit, sondern die korrekte Anwendung der, durch einen kleinen elitären Zirkel, verfügten Sprachvorschriften.*

11. **Massenmörder und Gestapo-Chef fast 20 Jahre im Dienste der CIA**
Der SS-General und Komplize von Adolf Eichmann hat Zehntausende Juden in den Tod geschickt. Doch die CIA setzte ihn als Spion ein.
Erst jetzt zugängliche Archive der Geheimdienste der USA und Deutschlands brachten es ans Licht: Einer der schlimmsten Nazi-Massenmörder wurde am Ende des Zweiten Weltkriegs vor Verfolgung verschont und geschützt, weil er der CIA und auch dem deutschen Bundesnachrichtendienst BND nützlich war als Spion gegen den kommunistischen Osten.
Der «Report München» der ARD und die New York Times haben Auszüge aus den Geheimdienst-Dokumenten am Dienstag publiziert. Nur wenige grosse Medien berichteten bisher darüber.
Quelle: Infosperber
12. **Klimaschutz am Meeresboden**
Überfischung und andere menschliche Einflüsse bedrohen die Weltmeere – und damit auch das Klima. Allein die Grundschleppnetzfischerei verursacht so viel CO2 wie die weltweite Luftfahrt. Abhilfe sollen größere Schutzgebiete schaffen.
Gute Nachrichten sind derzeit rar. Auch nach mehr als einem Jahr hat die Menschheit die Coronakrise nicht annähernd im Griff. Daneben gibt es mit der Erderwärmung und dem Verlust der biologischen Vielfalt weitere Krisen, die mindestens genauso gefährlich sind. Umso beeindruckender und brisanter sind die Ergebnisse einer Studie, die jetzt im Fachmagazin Nature veröffentlicht wurde.
Hunderte Millionen Tonnen CO2 ließen sich demnach Jahr für Jahr einsparen, zugleich könnten mehr Menschen mit gesunden Lebensmitteln versorgt und das Artensterben

bekämpft werden. Für diesen dreifachen Nutzen wäre nicht einmal viel Aufwand erforderlich. Man müsste einfach nur die Ozeane besser schützen.
Quelle: Klimareporter